



Agentur für Staatsgüter

Eintragungsnummer: xxxxxx

Ausschreibungscode (CIG) xxxxxxxx

V E R T R A G

Öffentliches Verfahren zur Vergabe des Dienstleistungsauftrags für die Sicherstellung, Verwahrung und den Erwerb von im Sinne des Artikels 214-bis des Gv.D. vom 30.04.1992, Nr. 285 i.g.F. verwaltungsbehördlich beschlagnahmten, stillgelegten oder eingezogenen Fahrzeugen,
in der Provinz BOZEN

**ITALIENISCHE REPUBLIK
IM NAMEN DES GESETZES**

Im Jahr xxxxxxx, am xx Tag des Monats xxxx in xxxx, am Sitz der/des, xxxx-Straße, Nr. x, in Anwesenheit von xxxxxx, bevollmächtigt zur Entgegennahme von Verträgen in öffentlich-rechtlicher Form, in ihrer/seiner Eigenschaft als Urkundsbeamter/in, gemäß Artikel 95 des K.D. Nr. 827 vom 23.05.1924 betreffend Vorschriften für die Vermögensverwaltung und allgemeine Rechnungslegung des Staates, gemäß Ernennung durch Beschluss Nr. vom xx.xx.xxxx, Prot. xxx/xxxx/RUO, sind erschienen:

Frau/Herr Dr. xxxxxx, in deren/dessen Eigenschaft als Direktor/in der Regionaldirektion Trentino-Südtirol, als Vertreter/in der Agentur für Staatsgüter (nachstehend "Vergabestelle" oder "Agentur), Steuernummer 06340981007, mit Sitz in XXX - Via XXXX Nr. XX - mit den erforderlichen Befugnissen ausgestattet -----

Frau/Herr Dr. xxxxxx, in deren/dessen Eigenschaft als als Vertreter/in des Innenministeriums - Regierungskommissariat für die Provinz Bozen (nachstehend Regierungskommissariat) - Steuernummer – gemäß Vollmacht vom , die diesem Vertrag unter Buchstabe "A" beigefügt ist.

und

Frau/Herr xxxxxx, geboren in xxxxxx am x.xx.xxxx, wohnhaft in xxxx (xx), xxx-Straße, Nr. xx, die/der in der Eigenschaft als gesetzlicher Vertreter von XXXXXX, mit Sitz in xxxx (xx), xxx-Straße, Nr. xx, Postleitzahl xxxxx, Steuernummer und MwSt.-Nr. xxxxxx REA Nr. xxxx, eingetragen im Handelsregister am xxxxxx (xx), (nachstehend "Zuschlagsempfänger", "Auftragnehmer" oder "Verwahrer - Erwerber" und, zusammen mit der Agentur für Staatsgüter und dem Regierungskommissariat Bozen, die "Parteien") diesen



Vertrag abschließt und unterzeichnet. (Im Falle einer BG, bestehend aus ... dem Gruppenführer/federführenden Unternehmen, mit Sitz in -Straße, Steuernummer/MwSt-Nummer REA-Nummer xxxx, eingetragen im Handelsregister am xxx, und der/den auftraggebenden Unternehmen

1)....., mit Hauptsitz in.....,-Straße, Steuernummer/MwSt. Nr. REA-Nummer xxxx, eingetragen im Handelsregister am xxx;

2)....., mit Hauptsitz in.....,-Straße, Steuernummer/MwSt. Nr. REA-Nummer xxxx, eingetragen im Handelsregister am xxx;

3)....., mit Hauptsitz in.....,-Straße, Steuernummer/MwSt. Nr. REA-Nummer xxxx, eingetragen im Handelsregister am xxx;

gemäß gemeinsamer Sondervollmacht mit Vertretungsbefugnis und entsprechender Urkunde, die unter dem Buchstaben "... " als Abschrift des Originals beigelegt ist, abgeschlossen am unter Nr., vom Notar in

Die Erschienenen, deren persönlicher Identität und Handlungsfähigkeit, einen Vertrag abzuschließen, ich sicher bin, unter Verzicht auf die Anwesenheit von Zeugen, dem ich beistimme, nachdem die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind -----

SCHICKEN VORAUSS, DASS

- Die Agentur für Staatsgüter, Regionaldirektion für Trentino-Südtirol und das Innenministerium, Regierungskommissariat Bozen, mit Vertragsabschlussverfügung Nr. xx vom xxxx, ein offenes Verfahren zur Vergabe des Dienstleistungsauftrags für die Sicherstellung, Verwahrung und den Erwerb von im Sinne des Artikels 214-bis des Gv.D. vom 30.04.1992, Nr. 285 verwaltungsbehördlich beschlagnahmten, stillgelegten oder eingezogenen Fahrzeugen, eingeleitet haben;

- Mit der auf den institutionellen Websites der Vergabestellen veröffentlichten Ausschreibung: für die Agentur für Staatsgüter, Regionaldirektion für Trentino-Südtirol, www.agenziademanio.it, unter "Gare e Aste" und für das Regierungskommissariat für die Provinz Bozen www.prefettura.it/bolzano unter "Transparente Verwaltung", das offene Verfahren gemäß Artikel 60 des Gv.D. 50/2016 zur Vergabe des Dienstleistungsauftrags für die Sicherstellung, Verwahrung und den Erwerb von im Sinne des Artikels 214-bis des Gv.D. vom 30.04.1992, Nr. 285 verwaltungsbehördlich beschlagnahmten, stillgelegten oder eingezogenen Fahrzeugen, bekanntgegeben wurde;

(Bei Ausschreibungsbeträgen unterhalb des EU-Schwellenwerts muss die Bekanntmachung nicht im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden)

- Nach Abschluss des Bieterverfahrens war das wirtschaftlichste Angebot das von XXXXX eingereichte Angebot, mit dem Folgendes vorgeschlagen wurde:

- ✓ der Abschlag von xxx % auf die vorgesehenen Tarife für die Verwahrung von Fahrzeugen;
- ✓ der Abschlag von xx % für den Erwerb von Fahrzeugen, mit Ausnahme der zu verschrottenden Fahrzeuge;
- ✓ die Anwendung eines zusätzlichen Abschlags von xxx % für den Erwerb von Fahrzeugen, die ursprünglich von der Präfektur als



Agentur für Staatsgüter

Auftraggeber zum Zwecke der Verschrottung veräußert wurden und für die der Verwahrer die Änderung des Verkaufs zum Zwecke der Wiederinbetriebnahme beantragt hat;

- *(falls zutreffend)* der Teilnehmer seine Absicht erklärt hat, Unteraufträge im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen zu vergeben;
- am XXX, mit Beschluss Nr. XXX des Regionaldirektors der Agentur für Staatsgüter und des Regierungskommissariats Bozen, der Zuschlag an oben genanntes Unternehmen erteilt wurde;
- das Prüfverfahren über das Vorliegen der von xxxxxx im Rahmen der Ausschreibung erklärten Teilnahmeanforderungen, die von der Vergabestelle auch durch Abfrage des elektronischen Verzeichnisses der nationalen Antikorruptionsbehörde durchgeführt wurde, erfolgreich abgeschlossen wurde;
- *(für den Fall, dass die Aufhebungsklausel gemäß Gv.D. 159/2011 nicht zur Anwendung kommt)* am xxx die Anti-Mafia-Informationen vom xxx eingeholt wurden, aus denen hervorgeht, dass in Bezug auf den Wirtschaftsteilnehmer, keine Hinderungs-, Aussetzungs- oder Aberkennungsgründe gemäß Art. 67 des Gv.D. 159/2011 oder eventuelle Versuche der Unterwanderung durch die Mafia gemäß Art. 84 Absatz 4 desselben Gv.D. bestehen;
- der Zuschlagsempfänger für die sich aus diesem Vertrag ergebenden Verpflichtungen eine endgültige Sicherheit in Form einer Kautions- oder einer Bank-/Versicherungsbürgschaft Nr. xxxxxx geleistet hat, die am xxx von der Bank xxx Bank/Versicherungsanstalt xxx in Höhe von € XXX, xx (xxx/00) ausgestellt wurde und als Anhang diesem Vertrag beigefügt wird. Siehe dazu Art. xx dieses Vertrags;

ALL DIES VORAUSGESCHICKT,

VEREINBAREN und SCHLIESSEN die Vertragsparteien, in ihrer bisherigen Zusammensetzung, Folgendes AB:

Artikel 1 - Einleitung, Unterlagen und Begriffsbestimmung

1. Die Einleitung und die dem Vertrag beigefügten Unterlagen sind wesentlicher Bestandteil des Vertrags.
2. Die folgenden Unterlagen betreffend die Vergabe der oben genannten Dienstleistung, die in den Akten der Vergabestelle hinterlegt sind, gelten ebenfalls als Bestandteil des Vertrags, auch wenn sie nicht materiell beigefügt sind:
 1. Ausschreibungsbekanntmachung;
 2. Ausschreibungsbedingungen;
 3. Technisches Leistungsverzeichnis;
 4. Technisches Angebot des Zuschlagsempfängers
 5. Wirtschaftliches Angebot des Zuschlagsempfängers.

(3) Im Rahmen dieses Vertrags gelten als:

- 3.1 - VERGABESTELLEN: Das Regierungskommissariat Bozen und die Regionaldirektion Trentino-Südtirol der Agentur für Staatsgüter;
- 3.2 - VERTRAG: Dieser Akt, einschließlich aller Anhänge und Unterlagen, auf die Bezug genommen wird;



3.3 VERWAHRER-ERWERBER: Die Fa./GmbH/AG/usw.

[Die Bietergemeinschaft, gebildet aus Gruppenführer/federführenden Unternehmen (zuständig für die Ausführung folgender Leistung [die Tätigkeit des Unternehmens in der BG angeben - z. B. Bergung und/oder Verwahrung usw.]). [Im Falle von Bergung angeben: Die Bergung erfolgt unter Einsatz folgender Fahrzeuge:

- Marke, Modell, Nummernschild/Fahrgestell].

[Im Falle von Verwahrung angeben: Die Liegenschaft/en, die als Verwahrungsort genutzt wird/werden, befindet/befinden sich in, ...-Straße] und die weiteren Auftraggeber:

1)....., mit Sitz in....., ...-Straße, Steuernummer/MwSt. Nr.(beauftragt mit folgender Leistung ... [die von dem Unternehmen in der BG ausgeführte/n Tätigkeit/en angeben - z.B. Bergung und/oder Verwahrung usw.]). [Im Falle von Bergung angeben: Die Bergung erfolgt unter Einsatz folgender Fahrzeuge:

- Marke, Modell, Nummernschild/Fahrgestell].

[Im Falle von Verwahrung angeben: Die Liegenschaft/en, die als Verwahrungsort genutzt wird/werden, befindet/befinden sich in, -Straße]

2), mit Sitz in....., -Straße, Steuernummer/MwSt. Nr.(beauftragt mit folgender Leistung ... [die von dem Unternehmen in der BG ausgeführte/n Tätigkeit/en angeben - z.B. Bergung und/oder Verwahrung usw.]). [Im Falle von Bergung angeben: Die Bergung erfolgt unter Einsatz folgender Fahrzeuge:

- Marke, Modell, Nummernschild/Fahrgestell].

[Im Falle von Verwahrung angeben: Die Liegenschaft/en, die als Verwahrungsort genutzt wird/werden, befindet/befinden sich in, -Straße].

3), mit Sitz in....., -Straße, Steuernummer/MwSt. Nr.(beauftragt mit folgender Leistung ... [die von dem Unternehmen in der BG ausgeführte/n Tätigkeit/en angeben - z.B. Bergung und/oder Verwahrung usw.]). [Im Falle von Bergung angeben: Die Bergung erfolgt unter Einsatz folgender Fahrzeuge:

- Marke, Modell, Nummernschild/Fahrgestell].

[Im Falle von Verwahrung angeben: Die Liegenschaft/en, die als Verwahrungsort genutzt wird/werden, befindet/befinden sich in, -Straße].

4) ...];

3.4 – TECHNISCHES LEISTUNGSVERZEICHNIS: Legt insbesondere die vertraglichen Aspekte betreffend den Gegenstand, die Beschreibung der auszuführenden Leistung, den Umfang oder die Menge der auszuführenden Leistung und die Art und Weise der Leistungsausführung, sowie die besonderen Vertragsbestimmungen und die Art der Bewertung fest.

3.5 – FESTSTELLUNGSORGAN: Die Polizeibehörde, die den Verstoß festgestellt hat.

3.6 - VORSCHUSSPFLICHT DER VERWALTUNGEN FÜR DIE VERWAHRUNGSKOSTEN

- a) Das Regierungskommissariat, wenn das Feststellungsorgan zu den im Artikel 16 des Gesetzes Nr. 121 vom 1. April 1981 genannten Polizeikräften gehört.



Agentur für Staatsgüter

- b) Die Zugehörigkeitsverwaltungen, wenn das Feststellungsorgan nicht zu den im Artikel 16 des Gesetzes Nr. 121 vom 1. April 1981 genannten Polizeikräften gehört, gemäß den Bestimmungen von Art. 213 Absatz 3 des Gv.D. Nr. 285/1992 i.g.F..

Artikel 2. Vertragsgegenstand und allgemeine Bedingungen

1. Die Vergabestelle vergibt dem Auftragnehmer, der den Auftrag vorbehaltlos annimmt, den Dienstleistungsauftrag für die Sicherstellung, Verwahrung und den Erwerb von im Sinne des Artikels 214-bis des Gv.D. vom 30.04.1992, Nr. 285 verwaltungsbehördlich beschlagnahmten, stillgelegten oder eingezogenen Fahrzeugen, so wie in der Einleitung angeführt und im technischen Leistungsverzeichnis näher erläutert.
2. Im Falle von Gebietsänderungen während der Vertragsdauer muss der Zuschlagsempfänger die Erbringung der Leistung für alle Gemeinden, die zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses zur Provinz gehören, gewährleisten und hat sich diesbezüglich mit dem Regierungskommissariat Bozen und der Regionaldirektion der Agentur für Staatsgüter abzusprechen.
3. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Leistung unter Einhaltung der geltenden Vorschriften und zu den Bedingungen zu erbringen, die in diesem Vertrag festgelegt sind und in den ihm beigelegten Unterlagen bzw. in jenen, auf die im Vertrag verwiesen wird.
4. Der Verwahrer/Erwerber trägt alle Kosten und Risiken in Zusammenhang mit den vertragsgegenständlichen Leistungen und den für die ordnungsgemäße Leistungserbringung zusammenhängenden Tätigkeiten und ist dafür mit dem vertraglichen Entgelt zu entschädigen.

Artikel 3. Anwendbare Bestimmungen

1. Alle für öffentliche Vergabeverfahren geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften sind vertraglich bindend, insbesondere, aber nicht ausschließlich:
 - (a) das Gv.D. 50/2016 i.g.F.;
 - (b) das D.P.R. Nr. 207/2010 i.g.F., im Rahmen der Bestimmungen des Art. 216 des Gv.D. Nr. 50/2016 i.g.F., unbeschadet der Anwendung von später in Kraft getretenen Vorschriften, darunter das Dekret Nr. 49 vom 7. März 2018 des Ministeriums für Infrastruktur und Verkehr;
 - (c) das Gv.D. Nr. 152/2006 i.g.F.;
 - (d) die geltenden Vorschriften für die Vermögensverwaltung und allgemeine Rechnungslegung des Staates;
 - (e) die geltenden Vorschriften im Bereich der öffentlichen Bau-, Dienstleistungs- und Lieferaufträge;
 - (f) das Zivilgesetzbuch, soweit anwendbar;
 - (g) die geltenden Antimafia-Bestimmungen.

Artikel 4. Rückverfolgbarkeit der Geldflüsse

1. Im Sinne und für die Auswirkungen des Art. 3 des Gesetzes Nr. 136/2010 verpflichtet sich der Auftragnehmer, das in der "*Scheda fornitore e comunicazione ex Art. 3 Legge*



136/2010“ (siehe Anhang Buchstabe X) angegebene Bank- oder Postkontokorrent zu verwenden, in der die Personen angeführt sind, die bevollmächtigt sind, auf diesem Konto zu operieren.

2. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, der Vergabestelle, innerhalb von 7 Tagen, jede Änderung in Bezug auf das vorgenannte Konto und die Personen, die befugt sind, darüber zu verfügen, mitzuteilen.

3. Der Auftragnehmer verpflichtet sich außerdem, in die mit Subunternehmen und Unterauftragnehmern unterzeichneten Verträge eine spezielle Klausel aufzunehmen, die - bei sonstiger Nichtigkeit - vorsieht, dass diese die in genanntem Gesetz vorgesehenen Verpflichtungen zur Rückverfolgbarkeit der Geldflüsse übernehmen.

4. Bei Fehlen der im Art. 3 Absatz 9 des Gesetzes Nr. 136/2010 genannten Rückverfolgbarkeitsklausel in dem zwischen dem Auftragnehmer und dem Unterauftragnehmer abgeschlossenen Vertrag, wird der Unterauftrag nicht ermächtigt.

5. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Vergabestellen, Regionaldirektion Trentino-Südtirol und Regierungskommissariat Bozen, jeden Verstoß gegen die Verpflichtungen zur Rückverfolgbarkeit der Geldflüsse des Vertragspartners (Unterauftragnehmer/Subunternehmen) unverzüglich zu melden. -----

6. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, zudem, die genannten Verträge an die Vergabestellen zum Zwecke der Nachprüfungen gemäß Art. 3 Absatz 9 des Gesetzes Nr. 136/2010 zu übermitteln.

7. Die Nichterfüllung der Verpflichtungen dieses Artikels bedingt die Aufhebung des Vertrags (Art. 1456 ZGB).

8. Im Falle der sich aus diesem Vertrag ergebenden Abtretung der Forderung hat der Übernehmer dieselben Verpflichtungen, die der Unternehmer laut diesem Artikel hat und muss eventuelle Zahlungen an den Unternehmer auf das dafür vorgesehene Bank- oder Postkontokorrent überweisen.

Artikel 5. Entgelte und Zahlungen an den Verwahrer-Erwerber und Art und Weise der Zahlung

1. Vorbehaltlich der Bestimmungen von Punkt 2 dieses Artikels, mit Bezug auf die von der Vergabestelle (Regierungskommissariat) vorgestreckten Beträge, sowie auf die Vorausleistungen der anderen Verwaltungen, wenn das Feststellungsorgan nicht zu den Polizeikräften laut Art. 16 des Gesetzes Nr. 121/81 gehört, im Falle von dem Verwahrer-Erwerber überlassenen und nicht abgeholten Fahrzeugen, stellt der Verwahrer-Erwerber dem Regierungskommissariat bzw. den besagten anderen Verwaltungen, die nicht Vergabestellen sind, die für die Verwahrung der verwaltungsbehördlich beschlagnahmten und stillgelegten Fahrzeuge zustehenden Entgelte in Rechnung, die auf der Grundlage des vom Wirtschaftsteilnehmer im Rahmen des Vergabeverfahrens vorgelegten wirtschaftlichen Angebots festgesetzt werden, in Höhe von Euro (€) pro Tag für die Fahrzeuge gemäß Tabelle "A" des technischen Leistungsverzeichnisses und Euro (€) pro Tag für die Fahrzeuge gemäß Tabelle "B" des technischen Leistungsverzeichnisses.

Die für die Verwahrung zustehenden Entgelte werden täglich für die Zeit zwischen dem Tag der Inverwahrnahme des Fahrzeugs und dem Tag der Mitteilung der vom Präfekten



Agentur für Staatsgüter

erlassenen Übereignungsmaßnahme berechnet.

Die für die Umsetzung der verwaltungsbehördlich beschlagnahmten und stillgelegten Fahrzeuge zustehenden Entgelte werden auf der Grundlage der in Km berechneten Entfernung für die Anfahrt des Abschleppfahrzeugs (maximal 65 Kilometer) und die Umsetzung des Fahrzeugs bis zum nächstgelegenen Stellplatz berechnet (es sei denn, die verfügbaren Plätze sind ausgeschöpft. Dieser Umstand muss von dem Wirtschaftsteilnehmer dem Regierungskommissariat/Vergabestelle sowie der Behörde, die die Zuwiderhandlung festgestellt hat, ordnungsgemäß bescheinigt werden). Sollte das Fahrzeug in einem „provisorischen Verwehrplatz“ (24 Stunden) abgestellt werden müssen, steht auch das Kilometergeld – nur Hinfahrt – für die Umsetzung bis zum endgültigen Stellplatz zu. Im Falle einer Umsetzung, die den vom Feststellungsorgan, d.h. der Polizeibehörde, die den Verstoß festgestellt hat, im Voraus genehmigten Einsatz zusätzlicher Mittel (Fähren, Spezialfahrzeuge usw.) erfordert, stehen die zusätzlichen Kosten gegen Vorlage eines entsprechenden Buchungsbelegs zu.

Die angegebenen Tarife für die Bergung und Verwahrung beziehen sich auf das einzelne Fahrzeug, das Gegenstand einer verwaltungsbehördlichen Beschlagnahme, Stilllegung oder Einziehung ist, wobei der Gesamtwert nicht im Voraus beziffert werden kann.

2. Was die von der Vergabestelle – Agentur für Staatsgüter-Regionaldirektion Bozen - zu tragenden Kosten anbelangt, so stellt der Verwahrer-Erwerber der Agentur für Staatsgüter-Regionaldirektion Bozen die Verwahrungskosten in Rechnung, die in dem vom Wirtschaftsteilnehmer im Rahmen des Vergabeverfahrens vorgelegten wirtschaftlichen Angebot, in Höhe von Euro (€) pro Tag für die Fahrzeuge gemäß Tabelle "A" und Euro (€) pro Tag für die Fahrzeuge gemäß Tabelle "B", vorgesehen sind.

Für eingezogene Fahrzeuge sind die vorgenannten Aufwendungen für die Verwahrung für die Zeit zwischen dem Tag, an dem die Agentur für Staatsgüter-Regionaldirektion Bozen die Mitteilung des Verwahrer-Erwerbers über die Inverwahrnahme des vom Regierungskommissariat endgültig eingezogenen Fahrzeugs erhält und dem Tag der Mitteilung an den Verwahrer-Erwerber des Veräußerungsbeschlusses der Agentur für Staatsgüter-Regionaldirektion Bozen zu entrichten, vorbehaltlich einer Schonfrist von fünf (5) Tagen zugunsten der Vergabestelle Agentur für Staatsgüter-Regionaldirektion Bozen.

Für verwaltungsbehördlich stillgelegte Fahrzeuge sind die Aufwendungen für die Verwahrung für die Zeit zwischen dem Tag, an dem die Agentur für Einnahmen - Regionaldirektion von die von der feststellenden Behörde gemäß D.P.R. Nr. 189/2001 übermittelten Unterlagen erhält und dem Tag der Mitteilung des Veräußerungsbeschlusses der Agentur für Einnahmen - Regionaldirektion von zu entrichten, vorbehaltlich einer Schonfrist von fünf (5) Tagen zugunsten der Vergabestelle Agentur für Einnahmen - Regionaldirektion von

3. Keine Verwahrungskosten werden erhoben, wenn der Veräußerungsbeschluss vor der Inverwahrnahme des Fahrzeugs durch den Verwahrer-Erwerber mitgeteilt wird.

3-bis. Keine Aufwendungen für die Verwahrung und die Umsetzung werden von den Vergabestellen erhoben, wenn ein Fahrzeug während der Beschlagnahme einer Privatperson zur Verwahrung anvertraut und von dieser vor dem Abschluss der Einziehungsmaßnahme an den Verwahrer-Erwerber übergeben wird.



4. Die dem Verwahrer-Erwerber in Bezug auf die Fahrzeuge, für die das Veräußerungsverfahren abgeschlossen ist, geschuldeten Beträge werden gegen Vorlage einer entsprechenden Rechnung ausgezahlt, die monatlich über eine elektronische Plattform gemäß den geltenden Gesetzen und nach der Sachverhaltsermittlung, ausgestellt wird, einschließlich der Prüfung der ordnungsgemäßen Entrichtung der Sozialvorsorgebeiträge (DURC); die Rechnung wird nach Prüfung und Bescheinigung der ordnungsgemäßen Ausführung der Leistung durch das Feststellungsorgan, auf dessen Auftrag die Leistung erbracht wurde, ausgestellt.

Artikel 6. Inrechnungstellung der Entgelte und Zahlung

1. Die Rechnungen für die erbrachte Leistung werden übermittelt:

- a) an die Vergabestellen, für den jeweiligen Zuständigkeitsbereich (Artikel 5, Punkte 1 und 2);
- b) an die im Art. 213 Absatz 3 des Gv.D. 285/1992 genannten Verwaltungen, wenn es sich um ein Feststellungsorgan handelt, das nicht zu den im Art. 16 des Gesetzes Nr. 121/81 genannten Polizeikräften gehört (Artikel 5 Punkt 1).

2. Die Rechnungen müssen in der im Anhang A, gemäß Art. 2 Absatz 1 des M.D. Nr. 55 vom 03.04.2013 vorgesehenen elektronischen Form über das SDI-*Sistema di Interscambio* eingegeben und der Empfänger wie folgt angegeben werden: xxxxxxxxxxxxxxxx, Postleitzahl..., Ort..., unter Angabe des Ämterkodex xxxx, des Ausschreibungscode (CIG) xxxx und der Eintragsnummer des Vertrags.

3. Die von den Vergabestellen, je nach Zuständigkeit, geschuldeten Beträge sind für die von der Agentur für Staatsgüter-Regionaldirektion ... geschuldeten Beträge, innerhalb von *30 Tagen* nach Erhalt der Rechnung und für die von der Präfektur-G.d.R. oder von anderen Verwaltungen, wenn es sich um ein Feststellungsorgan handelt, das nicht zu den im Art. 16 des Gesetzes Nr. 121/81 genannten Polizeikräften gehört, geschuldeten Beträge, gemäß den Bestimmungen von Art. 213 Absatz 3 des Gv.D. Nr. 285/1992 mit Bedacht auf die für das Einholen der im Art. 5 Absatz 4 genannten Bescheinigung erforderliche Zeit, innerhalb von *60 Tagen* nach Erhalt der Rechnung, zu zahlen.

Im Falle von BG: Die Vergabestelle leistet die Zahlungen direkt an den Gruppenführer xxxxx. N.B. Diese Klausel kann geändert werden, wenn die BG, die den Zuschlag erhalten hat, in der Gründungsurkunde die Möglichkeit der Inrechnungstellung durch die einzelnen Mitglieder und/oder der Direktbezahlung vorsieht.

4. Die Auszahlung erfolgt nachdem der Verwahrer/Erwerber dem Regierungskommissariat und den anderen im Art. 213 Absatz 3 des Gv.D. 285/1992 genannten Verwaltungen, eine zusammenfassende Aufstellung der bestrittenen Ausgaben (getrennt nach Regierungskommissariat und andere im Art. 213 Absatz 3 des Gv.D. 285/1992 genannte Verwaltungen) vorgelegt hat. Die Abrechnung muss auch den progressiven Nettobetrag enthalten samt Garantierückbehalt gemäß Art.30 Absatz 5-*bis* des Gv.D. 50/2016. Das Regierungskommissariat holt die Bescheinigung über die ordnungsgemäße Ausführung der in der Aufstellung angeführten Leistungen ein und veranlasst unverzüglich die Auszahlung der dem Verwahrer-Erwerber geschuldeten



Agentur für Staatsgüter

Beträge und die gleichzeitige Festsetzung der von der Zugehörigkeitsverwaltung dem Feststellungsorgan geschuldeten Beträge. Über die Auszahlung werden der Verwahrer-Erwerber per zertifizierte E-Mail - an die von ihm angegebene Adresse - und die Zugehörigkeitsverwaltung des Feststellungsorgans unverzüglich unterrichtet.

5. Zum Zwecke der Auszahlung führen die Vergabestellen die im Art. 48-bis des D.P.R. Nr. 602/1973 genannten Kontrollen nach der im M.D. Nr. 40/2008 festgelegten Art und Weise durch.

Für BG:

5. Für die Fälle nach Art. 105 Absatz 13 des Gv.D. 50/2016 sieht die Vergabestelle die Direktzahlung des für die erbrachten Leistungen geschuldeten Betrags an die auftraggebenden Unternehmen oder Unterauftragnehmer oder Auftragnehmer mit Akkordauftrag vor.

Artikel 7. Änderung des Kilometergelds

1. Kommt es während der Vertragszeit zu Schwankungen – steigend/sinkend - der Dieselmotorkraftstoffpreise, die mehr als dreißig Prozent (30 %) des Durchschnittspreises am Tag des Vertragsabschlusses betragen, kann die betreffende Partei eine Änderung des in den Tabellen A und B des technischen Leistungsverzeichnisses angeführten Kilometergelds in Höhe von zehn Prozent (10 %) der gesamten festgestellten Abweichung beantragen. Die Überprüfung der Preisschwankungen wird von den Vergabestellen unter Bezugnahme auf den durchschnittlichen Verbraucherpreis für "Dieselmotorkraftstoff für Kraftfahrzeuge" durchgeführt, der monatlich auf dem Portal des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung - Preis- und Tarifbeobachtungsstelle (<https://carburanti.mise.gov.it/>) - verzeichnet wird. Innerhalb von zehn (10) Tagen nach der Überprüfung bestätigen die Vergabestellen die evtl. Anpassung des Kilometergelds und teilen dies dem Verwahrer-Erwerber mit. Die Anpassung wird ab dem Datum der Antragstellung wirksam und gilt nicht für die bis zu diesem Datum erbrachten Leistungen. Bei jeder späteren Überprüfung werden die neuen Treibstoffkosten als Berechnungsgrundlage herangezogen, wenn sie zur Änderung des Kilometergelds geführt haben.

Artikel 8. Fahrzeugbewertung und damit verbundene Pflichten des Verwahrer-Erwerbers

1. Die Fahrzeugbewertung erfolgt durch die Vergabestellen auf der Grundlage der im Merkblatt nach Anhang A) des Technischen Leistungsverzeichnisses (das mit den entsprechenden Spezifikationen diesem Vertrag unter dem Buchstaben "X" beigelegt ist) enthaltenen Angaben sowie der zusätzlichen Angaben, die sich aus der von dem Feststellungsorgan erstellten und vom Verwahrer-Erwerber – in den vorgesehenen Fällen - gegengezeichneten Beschlagnahme- oder Stilllegungsniederschrift ergeben, vorbehaltlich der Ergänzung durch Fotos.



2. Auch im Falle der amtlichen Stilllegung muss der Verwahrer-Erwerber für jedes in Verwahrung genommene Fahrzeug die entsprechende Beschreibung über den Zustand des Fahrzeugs, gemäß dem dem technischen Leistungsverzeichnis (Anhang „x“) beigefügten Merkblatt ausfüllen und für die telematische Übermittlung, innerhalb der darauffolgenden achtundvierzig (48) Stunden, unter Beifügung von fünf (5) Bildern, an die Vergabestellen sorgen. Wird die vorgenannte Beschreibung nicht innerhalb der vorgenannten Frist (48 Stunden) übermittelt, so werden die von den Vergabestellen zu tragenden Verwahrungskosten bzw. die Laufzeit der im Art. 5 Absatz 2 vorgesehenen Schonfrist ausgesetzt.

3. Bei offensichtlicher Unstimmigkeit zwischen dem vom Verwahrer-Erwerber erstellten und an die Vergabestellen übermittelten Merkblatt und der vom Feststellungsorgan erstellten Niederschrift über die Daten und die Beschreibung des Fahrzeugzustands muss diese Letztere die Vergabestellen unverzüglich auf elektronischem Wege benachrichtigen. Diese veranlassen daraufhin, im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeit, eine Nachprüfung, die für beschlagnahmte, stillgelegte oder eingezogene Fahrzeuge, innerhalb von zwanzig (20) Tagen nach Übermittlung der Beschreibung des tatsächlichen Nutzungszustands des Fahrzeugs, abgeschlossen sein muss. Die Einleitung dieses Verfahrens setzt - sofern nicht bereits erfolgt - die Übereignung oder Veräußerung des Fahrzeugs an den Verwahrer-Erwerber sowie den Lauf der Verwahrungsgebühren aus.

4. Wird das eingezogene Fahrzeug direkt von der zum Verwahrer ernannten Person übergeben, so darf der Verwahrer-Erwerber, angesichts der offensichtlichen Unstimmigkeiten mit Bezug auf die in der Beschlagnahmенияniederschrift enthaltenen Daten und Beschreibung des Fahrzeugzustands, das Fahrzeug nicht in Verwahrung/Besitz nehmen und muss den Vorfall unverzüglich dem Feststellungsorgan und den Vergabestellen melden. Das Fahrzeug wird daraufhin der Gerichtsbehörde, für die Feststellung der evtl. strafrechtlichen Verantwortung, zur Verfügung gestellt.

Artikel 9. Entgelte zugunsten der Vergabestellen und Art und Weise der Zahlung.

(1) Für die Bewertung zwecks Festlegung der Entgelte zugunsten der Vergabestellen werden die Fahrzeuge in folgende Kategorien unterteilt:

A) Fahrzeuge, die zum Zwecke der Verschrottung erworben werden.

Im technischen Leistungsverzeichnis sind die Kategorien der zu verschrottenden Fahrzeuge festgelegt. Um festzustellen, welche Fahrzeuge unter diese Kategorien fallen, verwenden die Vergabestellen die diesem Vertrag unter Buchstabe "I" beigefügte Schätzungstabelle. Der vom Verwahrer-Erwerber an die Staatskasse zu entrichtende Betrag für die zu verschrottenden Fahrzeuge wird auf der Grundlage der von der Handelskammer Mailand veröffentlichten „Eisenmetallnotierung“, unter Berücksichtigung der Kategorie und des pauschal festgesetzten Gewichts gemäß technischem Leistungsverzeichnis festgelegt. Wenn die Handelskammer Mindest- und Höchstwerte angibt, wird auf deren Durchschnitt Bezug genommen.

B) Fahrzeuge, die zum Zwecke der Wiedereinbetriebnahme erworben werden.

Der Verkaufspreis der Fahrzeuge, die nicht unter die im vorstehenden Absatz A) genannten Bedingungen fallen, wird auf der Grundlage der in mindestens einer qualifizierten Fachzeitschrift veröffentlichten Notierung berechnet, die dem Wirtschaftsteilnehmer mitgeteilt wird (von den Autohändlern angegebener Ankaufspreis). Von diesem Wert wird



Agentur für Staatsgüter

der vom Verwahrer-Erwerber im Zuge des Vergabeverfahrens angebotene Rabattprozentsatz von.....% abgezogen. Es sind folgende Sonderfälle vorgesehen:

B.1 - Für Fahrzeuge, die nicht in den Fachzeitschriften erfasst sind, wird der Verkaufspreis aufgrund einer technischen Schätzung, für jedes einzelne Fahrzeug, durch die Vergabestelle festgelegt;

B.2 - Für die als "Lastkraftwagen" zugelassenen und nicht in den Fachzeitschriften erfassten Fahrzeuge, wird der Wert des Fahrzeugs berechnet, indem der Durchschnitt der in besagter Zeitschrift veröffentlichten niedrigsten Notierungen für das für die Personenbeförderung bestimmte gleiche Modell mit gleichem Hubraum, um 20 % gesenkt wird.

C) - *Fahrzeuge von historischem und Sammlerinteresse gemäß Art.60 des Gv.D. Nr. 285 vom 30.04.92 und Lastkraftwagen mit spezieller Ausrüstung.*

Unabhängig vom Datum der Erstzulassung wird die Bewertung, mit der sowohl festgestellt werden soll, ob das Fahrzeug zu den zu verschrottenden Fahrzeugen gehört, als auch, falls dies nicht der Fall ist, der zu zahlende Preis festgelegt wird, wird der Verkaufspreis aufgrund einer technischen Schätzung, für jedes einzelne Fahrzeug, durch die Vergabestelle festgelegt.

D) Bei verwaltungsbehördlich beschlagnahmten und stillgelegten Fahrzeugen, die sich im Betriebsgelände des Verwahrer-Erwerbers befinden und ursprünglich nur von der Präfektur als Auftraggeber zum Zwecke der Verschrottung veräußert wurden, kann, wenn der Verwahrer, innerhalb von sieben (7) Tagen nach Erhalt des Veräußerungsbeschlusses, die Änderung des Verkaufs zum Zwecke der Wiederinbetriebnahme beantragt und diesem Antrag stattgegeben wird, auf den auf der Grundlage der Kriterien nach Punkt 6.4) des Leistungsverzeichnisses bestimmten Verkaufspreis, ein zusätzlicher Rabatt von % angewandt werden, den der Verwahrer im Zuge der Ausschreibung angeboten hat.

2. Die Zahlung der im vorstehenden Artikel genannten Entgelte wird von dem Verwahrer-Erwerber zugunsten der Staatskasse für jedes einzelne Fahrzeug wie folgt geleistet:

2.1. Der Verwahrer-Erwerber, dem der Präfekt das Eigentum des Fahrzeugs im Sinne der geltenden Bestimmungen abtritt, muss den Verkaufspreis innerhalb von sechzig (60) Tagen ab der Mitteilung der Abtretung auf das zinstragende Konto Nr. beim Schatzamt des Staates in zugunsten der Präfektur-G.A.R. einzahlen und diese unverzüglich darüber informieren.

2.2. Der Verwahrer-Erwerber, an den das eingezogene Fahrzeug von der Agentur für Staatsgüter – Regionaldirektion Bozen veräußert wird, muss den Verkaufspreis für das an ihn veräußerte Fahrzeug, innerhalb von sechzig (60) Tagen ab der Mitteilung der Veräußerungsmaßnahme, auf das Einnahmenkapitel des Staatshaushalts Nr. 2650 Abs. VII Steuercode 134T einzahlen und die Agentur für Staatsgüter – Regionaldirektion von ... unverzüglich darüber informieren. Die Zahlung des Preises durch den Verwahrer-Erwerber erfolgt vorbehaltlich der tatsächlichen Verfügbarkeit des Fahrzeuges und muss innerhalb von achtundvierzig (48) Stunden nach der Übernahme des Fahrzeugs erfolgen, wenn diese nach den im vorstehenden Absatz genannten sechzig (60) Tagen erfolgt ist.

2.3 Wird das Fahrzeug nicht übergeben, muss der Verwahrer-Erwerber diesen Umstand der Agentur für Staatsgüter – Regionaldirektion Bozen innerhalb von zweiundsiebzig (72)



Stunden melden, damit diese im Namen des Verwahrer-Erwerbers beim Feststellungsorgan die Sicherstellung des Fahrzeugs anfordern kann. Erfolgt diese Meldung nicht, ist der Verwahrer-Erwerber zur Zahlung des Preises für das veräußerte Fahrzeug verpflichtet.

2.4. Wenn das Fahrzeug, laut Bescheinigung des Feststellungsorgans, unauffindbar ist, erfolgt keine Zahlung durch den Verwahrer-Erwerber und die Agentur für Staatsgüter - Regionaldirektion Bozen erklärt die erlassene Veräußerungsmaßnahme für nichtig. Leitet das Feststellungsorgan Ermittlungen zur Feststellung einer möglichen strafrechtlichen Verantwortung ein, erfolgt keine Zahlung durch den Verwahrer-Erwerber und die Agentur für Staatsgüter - Regionaldirektion Bozen setzt die erlassene Veräußerungsmaßnahme bis zum Abschluss der Ermittlungen aus;

2.5. Innerhalb von sieben (7) Tagen ab der Mitteilung der Veräußerungsmaßnahme oder ab der Fahrzeugübernahme, wenn diese später erfolgt ist, ist ein begründetes Überprüfungsbegehren an die Vergabestellen zulässig. Die Vergabestellen prüfen das Begehren und sind zur Beantwortung innerhalb von zwanzig (20) Tagen nach Eingang desselben gehalten. Nach Ablauf dieser Frist gilt das Überprüfungsbegehren als abgelehnt.

Artikel 10. Vertragsdauer

1. Die Dauer des Auftrags ist auf 60 (sechzig) Monate ab dem Ausstellungsdatum der Zugangsberechtigung zum EDV-gestützten Datenübertragungssystem durch die Vergabestellen festgesetzt.

2. Das Regierungskommissariat Bozen und die Regionaldirektion Bozen der Agentur für Staatsgüter behalten sich gemäß Art. 106 Absatz 11 des Gv.D. 50/2016 das Recht vor, den Zuschlagsempfänger aufzufordern, bis zum Abschluss des Verfahrens zur Ermittlung des neuen Vertragspartners, die vertragsgegenständlichen Leistungen zu denselben Abmachungen und Bedingungen auszuführen.

Artikel 11. Vertragsstrafen

1. Die Regionaldirektion Trentino-Südtirol der Agentur für Staatsgüter und das Regierungskommissariat Bozen behalten sich das Recht vor, Kontrollbefugnisse, die als erforderlich angesehen sind, auszuüben.

2. Die Nichteinhaltung der im technischen Leistungsverzeichnis festgelegten Bedingungen für die Leistungserbringung hat die Anwendung einer Strafe zur Folge:

- a) nicht mehr als 10 % des geschuldeten Entgelts für die Nichterbringung der Tätigkeiten, aus denen sich die Leistung zusammensetzt;
- b) 5 % des geschuldeten Entgelts für den Verzug bei der Ausführung der Tätigkeiten, aus denen sich die Leistung zusammensetzt;
- c) höchstens 10 % des geschuldeten Entgelts für die Nichteinhaltung der im technischen Leistungsverzeichnis vereinbarten Leistungsziele;
- d) 5 % des geschuldeten Entgelts bei verspäteter oder nicht erfolgter Zahlung der den Vergabestellen geschuldeten Beträge, gemäß den im Art. 9 des technischen Leistungsverzeichnisses näher beschriebenen Modalitäten.

3. Die der Regionaldirektion Trentino-Südtirol der Agentur für Staatsgüter und dem Regierungskommissariat Bozen zur Behebung von Vertragsverletzungen des Verwahrer-Erwerbers entstandenen Kosten, müssen rückerstattet werden. Sie werden durch Einbehaltung der ersten Teilzahlung des an den Auftragnehmer zu zahlenden Entgelts oder mit der Kautions verrechnet oder eingefordert.



Agentur für Staatsgüter

Artikel 12. Pflichten des Zuschlagsempfängers

Der Verwahrer-Erwerber verpflichtet sich, zusätzlich zu den im technischen Leistungsverzeichnis, in den Ausschreibungsbedingungen und in diesem Vertrag festgelegten Verpflichtungen:

1. Die Leistung zu erbringen, indem er auf eigene Kosten und Veranlassung, alle im technischen Angebot angegebenen organisatorischen und technischen Strukturen sowie das notwendige Personal einsetzt, worüber eine entsprechend den Erfordernissen der Leistung aktualisierbare Liste geführt und zur Verfügung gestellt wird (Anhang "x");
2. Alle Instrumente und Methoden - einschließlich der IT-Methoden, da die Mitteilungen elektronisch erfolgen – und die entsprechende Ausrüstung und Dokumentation zur Verfügung zu stellen, um hohe Leistungsniveaus zu gewährleisten und die Aufsicht der Vergabestellen über die Einhaltung der vertraglichen Bestimmungen und des technischen Leistungsverzeichnisses zu ermöglichen;
3. Die Vergabestellen – zwecks Einholung der notwendigen Zustimmung - unverzüglich über die Notwendigkeit einer Änderung der Betriebsstruktur durch Erweiterung des in seiner Verfügung stehenden Verwahrungsgeländes zu informieren, sofern die Voraussetzungen des Leistungsverzeichnisses, der Ausschreibungsbedingungen und dieses Vertrags erfüllt sind;
4. Den Auftraggeber, Agentur für Staatsgüter - Regionaldirektion Trentino-Südtirol, unverzüglich darüber zu informieren, dass der zum Verwahrer ernannte Eigentümer das endgültig eingezogene Fahrzeug nicht innerhalb der vom Regierungskommissariat angegebenen Frist übergeben hat. Im Falle von Zwangseinzahlung des Fahrzeugs ist der Verwahrer-Erwerber verpflichtet, das eingezogene Fahrzeug aufzuladen und abzuschleppen, auch wenn sich das Fahrzeug in einer anderen Provinz befindet. Dabei gehen die anfallenden Kosten zu Lasten des Verwahrer-Erwerbers, unter Ausschluss jeglicher Haftung oder Vorschusszahlung durch die Vergabestellen;
5. Im Falle der verwaltungsbehördlichen Beschlagnahme und Stilllegung, das Regierungskommissariat und die Feststellungsbehörde unverzüglich von der Übergabe des vom Eigentümer verwahrten Fahrzeugs zu unterrichten. Über die Übergabe wird ein Protokoll verfasst, das den genannten Stellen übermittelt werden muss;
6. Unbeschadet der Bestimmungen des technischen Leistungsverzeichnisses über Abgaben und Kosten, alle Formalitäten in Zusammenhang mit der Übereignung der veräußerten Fahrzeuge zu erledigen und die Vergabestellen davon in Kenntnis zu setzen;
7. Auf eigene Kosten und Veranlassung, unter Einhaltung der geltenden Gesetze, die Verschrottung der zu diesem Zweck erworbenen Fahrzeuge und die Streichung aus dem öffentlichen Kraftfahrzeugregister (P.R.A.) zu veranlassen, indem er die Vergabestellen rechtzeitig benachrichtigt und ihnen eine Kopie des von der "Entsorgungs- und Verwertungsanlage" nach Gv.D. 209/2003 ausgestellten Verschrottungsnachweises übermittelt;
- 7.1. Bei Fahrzeugen mit ausländischem Nummernschild, auf eigene Kosten und Veranlassung dafür zu sorgen, dass dieses innerhalb von 30 Tagen nach dem Erwerb des Fahrzeugs oder der materiellen Verfügbarkeit über das Fahrzeug, per Einschreiben mit Rückschein, der Botschaft des Herkunftslandes zurückgegeben wird, wobei die zuständige



Vergabestelle zur Kenntnisnahme anzuschreiben ist;

8. Jederzeit, auch ohne Vorankündigung, während der Auftragsausführung, Überprüfungen der Vergabestellen zuzulassen, um die ordnungsgemäße Ausführung der Leistungen festzustellen und mit ihnen zusammenzuarbeiten, damit diese durchgeführt werden können;
9. Alle die Auftragsausführung betreffenden von den Vergabestellen erteilten Anweisungen, einschließlich der IT-Angaben, zu befolgen;
10. Die Vergabestellen unverzüglich über alle Umstände zu unterrichten, die die Durchführung der vertragsgegenständlichen Tätigkeiten beeinträchtigen;
11. Den Vergabestellen jährlich eine Ersatzerklärung vorzulegen, mit der das Fortbestehen der Voraussetzungen für die Durchführung der Tätigkeiten bescheinigt wird.

Artikel 13. Verpflichtungen in den Bereichen Beschäftigung, soziale Sicherheit und Unterstützung

1. Der Auftragsausführende verpflichtet sich, allen Verpflichtungen gegenüber seinen Beschäftigten nachzukommen, die aus den einschlägigen geltenden gesetzlichen Arbeitsvorschriften, einschließlich jenen zur Hygiene, Fürsorge und Unfallverhütung, herrühren und alle Kosten dafür zu übernehmen, insbesondere auch unter Berücksichtigung der Bestimmungen von Art. 105 Absatz 9 des Gv.D. 50/2016.
2. Die Vergabestellen behalten sich das Recht von Ersatzmaßnahmen, im Falle einer Nichterfüllung der Verpflichtungen zur Entlohnung/Beitragszahlung durch den Auftragnehmer und den Unterauftragnehmer im Sinne von Artikel 30 Absatz 5, 5-bis und Artikel 6 des Gv.D. Nr. 50/2016, nach der dort angegebenen Art und Weise, vor.

Artikel 14. Endgültige Sicherheit

1. Der Zuschlagsempfänger hat im Sinne von Art. 103 des Gv.D. 50/2016 eine endgültige Sicherheit in Form einer Kautions- oder Bürgschaft geleistet.
2. Die endgültige Kautions- oder Bürgschaft dient als Sicherstellung für die Erfüllung sämtlicher aus dem Vertrag sich ergebenden Verpflichtungen, für die Vergütung etwaiger Schäden, die sich aus der vertraglichen Nichterfüllung ergeben, sowie für die Rückvergütung etwaiger Beträge, welche die Agentur und die Präfektur G.A.R. für den säumigen Auftragnehmer gezahlt haben.
3. Der Zuschlagsempfänger ist verpflichtet, die Kautions- oder Bürgschaft, welche die Agentur oder das Regierungskommissariat während der Vertragsausführung ganz oder teilweise verwendet haben, spätestens innerhalb von fünfzehn Tagen nach Erhalt der Mitteilung, wiederherzustellen oder zu ergänzen.
4. Die Sicherheit bleibt für die gesamte Laufzeit des Vertrags verbindlich und wird innerhalb von zwei Monaten nach Ablauf des Vertrags freigegeben, vorbehaltlich der Überprüfung der Ordnungsmäßigkeit der erbrachten Leistung und der Einhaltung aller vertraglichen Verpflichtungen und Erfüllungen.

Artikel 15. Vertragsaufhebung und Rücktritt

1. Unbeschadet der Bestimmungen des Art. 108 des Gv.D. Nr. 50/2016 kann dieser Vertrag in allen Fällen der Nichterfüllung von nicht geringer Bedeutung gemäß Art. 1455 ZGB mit einer Frist von höchstens 15 (fünfzehn) Tagen ab Erhalt der Aufforderung zur Erfüllung,



Agentur für Staatsgüter

per Einschreiben mit Rückantwort, gekündigt werden.

2. Die Agentur und das Regierungskommissariat können den Vertrag auch aufgrund einer der folgenden ausdrücklichen Aufhebungsklauseln kündigen:

- (a) schwerwiegender Verstoß, der nach drei Verstößen, auch unterschiedlicher Art, begangen wurde, die Gegenstand der Aufforderung nach Absatz 1 waren;
- (b) Anwendung von Strafen in Höhe von mehr als 10 % des Werts der Kaution;
- (c) Nichtwiederherstellung oder Ergänzung der im Sinne des Art. 14 Absatz 3 dieses Vertrags verlangten endgültigen Kaution;
- (d) Verhalten entgegen den Grundsätzen des Ethik- und Verhaltenskodex der Agentur;
- (e) Nichteinhaltung der Rückverfolgbarkeitsverpflichtungen;
- (f) Verstoß gegen die Vorschriften über die Vergabe von Unteraufträgen oder gegen das Verbot der Vertragsabtretung;
- (g) Verstoß gegen die Verpflichtung der Bekämpfung der Korruption gemäß der den Ausschreibungsunterlagen beigelegten Integritätsvereinbarung.

3. Die Vertragsaufhebung wirkt in diesen Fällen sobald die Agentur oder das Regierungskommissariat den Auftragnehmer schriftlich, per Einschreiben mit Rückantwort, über die Absicht in Kenntnis setzt, sich der Aufhebungsklausel gemäß Art. 1456 des ZGB bedienen zu wollen.

4. Im Falle der Aufhebung wird dem Auftragnehmer der Vertragspreis der ausgeführten vertraglichen Leistungen, abzüglich der in den vorstehenden Artikeln genannten Vertragsstrafen und Kosten, ausgezahlt.

5. Die Agentur hat das Recht vom Vertrag zurückzutreten, auch wenn mit der Durchführung des Vertrags bereits begonnen wurde, vorbehaltlich der Bestimmungen von Art. 109 des Gv.D. 50/2016.

Artikel 16. Abtretung des Vertrags, Abtretung der Forderungen und Weitervergabe

1. Bei sonstiger Nichtigkeit ist es dem Zuschlagsempfänger untersagt, den vorliegenden Vertrag abzutreten.

2. Die Forderungen dürfen im Sinne und im Rahmen von Art. 106 Absatz 13 des Gv.D. Nr. 50/2016 abgetreten werden, vorbehaltlich der Ablehnung durch die Agentur und die Präfektur G.A.R., die im Sinne von Absatz 13 des genannten Artikels mitgeteilt wurde.

(Sofern im Angebot die Absicht einer Weitervergabe angegeben wurde) kann die Weitervergabe nur mittels ausdrücklicher Genehmigung der Vergabestelle, im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und in Übereinstimmung mit den Angaben in den Ausschreibungsunterlagen gemäß Art. 105 des Gv.D. 50/2016 erfolgen.

Artikel 17. Anti-Mafia-Anforderungen

1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Vergabestellen zeitgerecht, innerhalb spätestens von 15 Tagen ab Eintreten, über alle Änderungen der Eigentumsverhältnisse und der Unternehmensstruktur und innerhalb der technischen und Verwaltungsorgansimen, einschließlich jener der Unterauftragnehmer/Zulieferer, zu informieren und, falls notwendig, die Unterlagen für die Überprüfung, beim zuständigen Regierungskommissariat, des Vorliegens der Anforderungen des Gv.D. 159/2011



vorzulegen. Es wird zudem auf die Bestimmungen von Art. 106 Absatz 1 Buchstabe d) Punkt 2) des Gv.D. 50/2016 verwiesen.

2. Die Vergabestellen behalten sich das Recht vor, vom Vertrag zurückzutreten, falls während der Vertragsausführung Hinweise auf Versuche mafiöser Unterwanderung nach Art. 92 des Gv.D. 159/2011 festgestellt werden sollten.

Artikel 18. Ethik- und Verhaltenskodex

1. Der Zuschlagsempfänger verpflichtet sich, das Organisations-, Verwaltungs- und Kontrollmodell der Agentur nach Gv.D. 231/2001 i.g.F., das auf der Website des Organs abrufbar ist, zu beachten und sich im Einklang mit dem Verhaltens- und Ethikkodex zu verhalten, auf jeden Fall aber so, dass die Agentur nicht dem Risiko der Anwendung der in dem genannten Dekret vorgesehenen Strafen ausgesetzt wird. Die Nichteinhaltung dieser Verpflichtung stellt eine schwerwiegende Vertragsverletzung dar und berechtigt die Agentur zur Vertragsaufhebung gemäß und im Sinne von Artikel 1456 des italienischen Zivilgesetzbuchs.

2. Der Zuschlagsempfänger verpflichtet sich ferner, die Agentur von etwaigen Strafen oder Schäden freizustellen, die ihr durch die Verletzung der im Absatz 1 genannten Verpflichtung entstehen könnten.

Artikel 19. Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Parteien bestätigen, dass sie sich gegenseitig alle in Artikel 13 der Verordnung 2016/679/EU genannten Informationen zur Verfügung gestellt haben. In diesem Sinne werden die bei der Vertragsausführung und in der vorvertraglichen Phase erhobenen personenbezogenen Daten unter Einhaltung der Bestimmungen der genannten Verordnung ausschließlich zum Zweck der Verwaltung dieser Phasen, zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen und für mögliche Rechtsstreitigkeiten verarbeitet. Die Verarbeitung der betreffenden personenbezogenen Daten erfolgt durch ausdrücklich befugtes Personal oder durch Drittlieferanten, die funktionell mit der Erfüllung des Vertrags verbunden sind und als Verantwortliche oder Inhaber der betreffenden Verarbeitungen fungieren.

Artikel 20. Domizil der Vertragsparteien

1. Für alle Wirkungen des vorliegenden Vertrags wählen die Parteien das Wahl-domizil:
- der Auftragnehmer in seiner Niederlassung in xxxxxx;
 - die Vergabestelle Agentur für Staatsgüter in den Räumlichkeiten in der xxx-Straße, Nr. xxxx;
 - die Vergabestelle Regierungskommissariat Bozen in den Räumlichkeiten in der xxx-Straße, Nr. xxxx.

Artikel 21. Haftung

Der Zuschlagsempfänger befreit die Vergabestellen von jeglicher zivilrechtlichen Haftung gegenüber Dritten, die mit der Ausführung der vertragsgegenständlichen Tätigkeiten und der Leistungserbringung zusammenhängt. Zu Lasten der Vergabestellen gehen also keine weiteren Aufwendungen als die Zahlung des vertraglichen Entgelts.



Agentur für Staatsgüter

Artikel 22. Streitfälle und Gerichtsstand

Für eventuelle Streitfälle, welche zwischen den Vergabestellen und dem Zuschlagsempfänger über die Auslegung, Ausführung, Gültigkeit oder Wirksamkeit dieses Vertrags auftreten, wurde das Landesgericht von xxxxxxxx, im Sinne von Art. 25 ZPO, für zuständig befunden.

Artikel 23. Vertragsgebühren, Steuern und steuerliche Behandlung

1. Der Auftragnehmer trägt alle Kosten in Zusammenhang mit dem Abschluss und der Registrierung des Vertrags sowie alle Steuern und Abgaben jeglicher Art, die gemäß den geltenden Vorschriften erhoben werden.

Auf Verlangen der Parteien, habe ich Urkundsbeamter xxxxxx diesen Vertrag, geschrieben mittels PC, auf xxxx Seiten entgegengenommen und den Erschienenen vorgelesen, die auf meine Frage hin erklären, dass er voll und ganz ihrem mir kundgetanen Willen entspreche und ihn zusammen in meiner Gegenwart unterschreiben:

- 1) Dr. xxxx, in seiner Eigenschaft als Direktor der Regionaldirektion xxxx, durch Anbringung der digital erfassten handschriftlichen Unterschrift, im Sinne des Art. 25 Absatz 2 des Gv.D. Nr. 82 vom 7.3.2005 (CAD-KDV);
- 2) Dr. xxxx, in seiner Eigenschaft als, in Vertretung des Regierungskommissariats Bozen, durch Anbringung der digital erfassten handschriftlichen Unterschrift, im Sinne des Art. 25 Absatz 2 des Gv.D. Nr. 82 vom 7.3.2005 (CAD-KDV).
- 3) Frau/Herr xxxx, in seiner Eigenschaft als gesetzlicher Vertreter der/des xxxx, durch Anbringung der digital erfassten handschriftlichen Unterschrift, im Sinne des Art. 25 Absatz 2 des Gv.D. Nr. 82 vom 7.3.2005 (CAD-KDV).

Auf das Verlesen der Unterlagen und Anlagen wurde verzichtet, indem die Parteien mir erklären, dass sie den Inhalt bereits kennen.

Dieser Vertrag besteht aus xx gestempelten Blättern, auf Nr. xx Seiten, Nr. xx Zeilen der Seite xx und Nr. xx Zeilen dieser letzten Seite xx, ohne Unterschriften.

f. die **Agentur für Staatsgüter**

f. das **Regierungskommissariat**

f. den **Auftragnehmer**

Im Sinne und für die Auswirkungen von Art. 1341 ZGB erklärt der Auftragnehmer ausdrücklich, dass er alle Bestimmungen dieses Vertrags kennt und annimmt, insbesondere die Art. 5, 6, 7, 7.1, 10, 11, 12, 15, 16, 21, 22.

f. den **Auftragnehmer**

Digital signiert

Der Urkundsbeamte xxxxxxxx